

Verfassungsschutz. Das DSN beobachtet mehr Aktivität von Staatsverweigerern während Corona. Und berichtet spät darüber.

Bericht: Spione und Staatsfeinde sehr aktiv

Wien. Die Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) bestätigt, dass die Staatsverweigerer in der Pandemie aktiver waren als zuvor. Das geht aus dem Verfassungsschutzbericht 2021 hervor, der nun von der Nachfolge-Organisation des skandalgebeutelten Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) vorgelegt wurde.

Zu den Staatsverweigerern heißt es im Bericht, dass gegen diese ab 2017 durch polizeiliche und justizielle Maßnahmen vorgegangen wurde. Mittlerweile, also Stand 2021, hätten „mehrere Hundert Personen“ wegen staatsfeindlicher Agitationen verurteilt werden können bzw. befänden sie sich in Strafverfahren. Die Anzeigen betrafen Delikte wie Nötigung, gefährliche Drohung sowie staatsfeindliche Verbindungen oder Anstiftungen zu Amtsdelikten. Bei den größeren Verbindungen Staatenbund und ICCJV (International Common Law Court of Justice) kamen Betrugsdelikte dazu, da eigens kreierte Dokumente verkauft wurden, während Geschädigte glaubten, sie verwenden zu können.

Ab 2019 wurde ein Rückgang der Agitationen beobachtet. In der Pandemie kam es aber zu einem deutlichen Anstieg der Aktivität. Vor allem zu den Protesten gegen die Schutzmaßnahmen konnten vom Verfassungsschutz „zahlreiche Argumentationslinien der staatsfeindlichen Verbindungen beobachtet“ werden. Prominente Corona-Maßnahmen-Gegner waren zuvor in der Staatsverweigererszene aktiv.

Im Jahr 2021 selbst wurden zahlreiche Anhänger der staatsfeindlichen Verbindungen angeklagt beziehungsweise verurteilt. Mehrjährige Haftstrafen und das damit verbundene Fehlen von Führungspersonen hätten die Szene geschwächt. Es sei nicht von einer zunehmenden Gewalttätigkeit auszugehen, eher von neuen Formen der versuchten Behinderung des Verwaltungsapparats. Mit dem vermuteten

Abflauen der Pandemie sei aber ein Bedeutungsverlust der Verschwörungserzählungen zu erwarten.

Spionage-Paradies Österreich

Der Verfassungsschutzbericht widmet sich daneben unter anderem der Spionagetätigkeit – und bestätigt, dass Österreich zu Recht seit Jahrzehnten als bevorzugtes Operationsgebiet ausländischer Geheimdienste gilt. Dies wird nun auch offiziell bestätigt.

Ein Grund dafür sei die Gesetzeslage, die ein Operieren auf österreichischem Staatsgebiet „aufgrund der vergleichsweise sehr niedrigen Strafandrohung attraktiv macht“, heißt es im jüngsten Bericht. Hauptakteure seien Russland, China, der Iran und die Türkei.

Begünstigend wirkten auch die gute geopolitische Lage, die Präsenz internationaler Organisationen oder die Schwäche der einheimischen Spionageabwehr. Die österreichischen Dienste könnten vergleichsweise nur auf „minimalinvasive“ Befugnisse zurückgreifen, mit denen Operationen fremder Nachrichtendienste im Bundesgebiet nur schwer bis kaum nachzuweisen seien, so der Bericht.

Als größte Bedrohungen sieht der Bericht für die Zukunft die versuchte Anwerbung von Informanten, insbesondere in den Bereichen Hightech, Diplomatie, Staatsangestellte und Wissenschaft, sowie von Desinformationskampagnen in Form von Fake News, Online Trolling (Diffamierung im Internet) und Doxing (Veröffentlichung geheimer E-Mails und Dokumente).

Allerdings bezieht sich dieser Bericht auf 2021. Dass er so spät kommt, sorgt für Kritik. Die Bevölkerung habe ein Recht, zeitnahe über Gefahren für die innere Sicherheit informiert zu werden. „Für Abgeordnete ist dieser Bericht eine Grundlage für die Arbeit. Der vorgelegte Bericht ist aber längst überholt“, so die SPÖ-Abgeordnete Sabine Schatz. (APA/red.)

Millionen für Luxusleben veruntreut: Vier Jahre Haft

Urteil. Eine Buchhalterin hat 3,2 Millionen abgezweigt.

Wien. Vier Jahre Haft stehen einer 53-jährigen Wienerin wegen Untreue und Veruntreuung bevor. Die Finanzbuchhalterin eines Luxusunternehmens in der Wiener Innenstadt überwies bereits ein Jahr nach ihrer Anstellung, 2010, Geld vom Firmenkonto auf ein privates.

Bis zu ihrer Festnahme, 2022, zweigte sie insgesamt 3,2 Millionen Euro ab. Mit dem Geld ermöglichte die Frau sich und ihrer 22-jährigen Tochter ein besseres Leben. Neben teuren Autos und Urlaube soll ein Haus in Hagenbrunn zu den unrechtmäßig erworbenen Anschaffungen gehört haben. Auch das Privatstudium der Tochter in Spanien wurde mit fremdem Geld finanziert.

Auf ihrem Instagram-Account dokumentierte die Jugendliche ihren ausschweifenden Lebensstil. Von den kriminellen Machenschaften ihrer Mutter will sie allerdings nichts gewusst haben. Geld sei in ihrem Hause nie ein Thema gewesen, beteuert sie.

Einen bestimmten Grund für die illegalen Überweisungen hat es der Frau zufolge nicht gegeben. Sie habe sich „nichts dabei gedacht“ und wisse nicht, wie sie „da reingeraten“ sei. Das noch nicht rechtskräftige Urteil wurde am Montag gefällt, ihr Geständnis und der ordentliche Lebenswandel wurden mildernd gewertet. Die Tochter hingegen wurde freigesprochen. (vahei/APA)

„Vom täglichen Schnitzel

Interview. Wiens Klimastadtrat, Jürgen Czernohorszky (SPÖ), will Bäume statt Parkplätze, ärgert sich über Klima-Blockierer und will mehr Tempo beim Gasausstieg vom Bund.

VON TERESA WIRTH

Die Presse: Was halten Sie von Aktionen der Klima-Aktivisten, die sich auf die Straße kleben und Kunstwerke beschütten?

Jürgen Czernohorszky: Das Anliegen ist jedenfalls berechtigt, wir reden ja nicht von einem Nebenthema, sondern von der Klimakrise, und da ist Feuer am Dach. Aber wenn es mehr Leute verärgert als positiv anregt, etwas zu tun, dann ist es möglicherweise das falsche Mittel. Mich ärgern aber die Blockierer von Klima-Gesetzen viel mehr als Klima-Aktivisten, die irgendetwas blockieren.

Manche würden sagen, dass auch die SPÖ in Wien einiges blockiert, etwa bei der Verkehrswende. Da gab es sogar intern massive Kritik von der SPÖ-Jugend. Geht der SPÖ der Kontakt zur Jugend abhanden?

Ich habe sehr viel Kontakt zu jungen Menschen. Jeder, der in der Klimapolitik etwas weiterbringen will, sollte das auch. Und ich finde grundsätzlich Kritik nicht ungebührlich, im Gegenteil. Es ist nicht meine Vorstellung von Demokratie, dass alle zu allem klatschen.

Gerade von den Grünen wird die Wiener SPÖ öfter einmal ins Betonierereck gestellt. Wenn man sich ansieht, wie etwa in Döbling Radwege zugunsten von Parkplätzen wieder gestrichen werden, gibt es vielleicht einen wahren Kern. Was läuft da falsch?

Bei der Klimapolitik braucht es ein Denken über die einzelne Regierungsperiode hinaus. Wenn man bis 2040 in dieser Stadt kein fossiles Gas und kein Öl mehr verbrennen will, dann braucht es große Anstrengungen, kein politisches Kleingeldwechseln. Wenn man alles, was wir in Wien machen, ins Betonierereck stellen will, ist das ein legitimes Mittel einer Oppositionspartei, trägt aber nichts dazu bei, dass sich etwas zum Positiven verändert. Das muss ich den Grünen schon vorwerfen.

Und was ist Ihnen wichtiger, Parkplätze oder Radwege?

Jeder Baum, jeder Platz zum Zufußgehen oder Verweilen ist mir wichtiger als jedes Auto, das ist völlig klar.

Die Stadt wollte bis Ende des Jahres 2022 einen Plan für den Gasausstieg vorlegen, der ist noch nicht da. Wann kommt er?

Wir hatten uns vorgenommen, den Plan bis Ende des Jahres zu erarbeiten, und werden ihn demnächst vorstellen.

Eine Studie für die Wien Energie rechnet damit, dass der Gasausstieg in Wien bis 2040 sechs Milliarden Euro kostet, eine andere geht von dem Sechsfachen aus. Wer wird das alles bezahlen?

Die Transformation unserer Stadt wird jede Menge Geld kosten, sie wird aber auch jede Menge Arbeitsplätze bringen. Allein die Sonnenstrom-Offensive bis 2030 wird 3200 Arbeitsplätze bringen. Es muss auch breite Förderungen geben, damit der Wechsel einer Gastherme keine finanzielle Bedrohung für einen Haushalt wird.

Es gibt in Wien Tausende Hauseigentümer, die man an Bord holen muss. Nur mit Förderungen, die 30, 40 Prozent der Kosten übernehmen, wird es nicht gehen. So ein Umstieg ist mühsam, ein bürokratischer Aufwand...

Mühsam wird es jedenfalls. Nur wird es deutlich mühsamer, wenn wir nichts machen gegen die Klimakrise. Jeder, der so tut, als könne man jede Art von Anstrengungen wegräumen, der wird böse aufwachen. Was wir aber machen können, ist, es so schaffbar wie möglich zu machen. Wesentlich ist, in Partnerschaft mit den Hauseigentümern, mit der Baubranche, mit den Mietern zu gehen und klar zu zeigen, was wir vorhaben.

Es ist nur noch nicht klar, wer zahlen wird.

Ziel ist es, zuerst einmal zu zeigen, in welche Richtung es geht. Das wollen wir anhand von 100 konkreten Gebäuden machen – denkmalgeschützten Gebäuden, 1970er-Jahre-Bauten, Kleingartenhäusern –, was man dann auf andere Gebäude umlegen kann. Parallel dazu braucht es eine Förderstruktur in enger Abstimmung der Bundesländer mit dem Bund, die so etwas auch leistbar macht. Das ist ja grundsätzlich der gemeinsame Plan. Alle neun Bundesländer haben das Erneuerbare-Wär-



„Mir reißt der Geduldsfaden“, sagt der Wiener

me-Gesetz im Juni 2021 fertig verhandelt und die Ministerin aufgefordert, es zeitnah ins Parlament zu bringen. Aber trotz mehrmaliger Ankündigung liefert die Bundesregierung nicht. Ich muss ganz ehrlich sagen, Anfang des Jahres 2023 reißt mir der Geduldsfaden.

Wien als größte Hauseigentümerin Europas könnte mit gutem Beispiel vorangehen. Wie viele Gemeindewohnungen sind denn schon umgerüstet?

Das passiert gerade an sehr vielen Standorten. Der soziale Wohnbau ist da ein ganz starker Partner. Die Sozialbau hat das mittlerweile schon bei 16 Gebäuden geschafft. Auch für die Wiener Gemeindebauten und andere soziale Wohnbauträger gibt es solche Pläne, auch schon umgesetzt.

Im Bund warten Sie auch auf das Klimaschutzgesetz. Nun planen Sie ein eigenes für Wien. Wozu? Die Ziele gibt es ja schon.

Bei der Klimapolitik braucht es konkrete Ziele, aber auch Maßnahmenpakete, um diese Ziele zu erreichen, Benchmarks auf dem Weg dorthin und die Steuerungsstruktur, dass man das auch wirklich abarbeiten kann. Das Wiener Klimaschutzgesetz soll diese Dinge verbindlich machen. >

Wissenschaftler flankieren Klimakleber

Protest. Die Blockadewelle von Klima-Aktivisten geht in Wien weiter – und hat am Dienstag auf dem Praterstern Unterstützung von rund 40 Wissenschaftlern bekommen.

VON TERESA WIRTH

Wien. Sich vor Dutzende hupende Autos auf die Straße stellen, Auge in Auge mit Polizisten, die die Blockierer aus dem Weg räumen wollen – für Klima-Aktivisten der Letzten Generation, die diese Woche wieder mit Klebeaktionen auf Wiens Straßen auffallen, ist dies schon Routine. Für Wissenschaftler, die man sonst eher in Universitätsäulen und Laboren findet, nicht ganz.

Dennoch stellten sich Dienstagfrüh rund 40 Wissenschaftler hinter die Aktivist:innen, die die Zufahrt von der Praterstraße zum Praterstern blockierten. „Das ist sehr weit außerhalb der Komfortzone für Wissenschaftler“, sagte

Reinhard Steurer, Professor für Klimapolitik an der Universität für Bodenkultur, zur „Presse“. Auch weil man sich bewusst sei, dass 70 Prozent der Bevölkerung diese Aktionen nicht gutheißen.

Doch wenn die Politik die eigentliche Arbeit der Wissenschaftler und deren Berichte ignoriere, sehe man sich gezwungen, sich mit den Aktivist:innen zu solidarisieren. „Es ist traurig, dass wir zu solchen Aktionen greifen müssen, damit wir gehört werden“, sagte der TU-Professor für Verkehrswissenschaft, Günter Emberger.

Eigentlich hatten die Wissenschaftler, darunter die Klimaforscherin Helga Kromp-Kolb, der Astronom und Science-Buster Florian Freistetter und der ehemalige

Direktor der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, Michael Staudinger, zu einer von den Scientists for Future organisierten Pressekonferenz am Praterstern geladen, um im Vorfeld der Regierungsklausur am Dienstag und Mittwoch auf das „klimapolitische Versagen in Österreich“ aufmerksam zu machen. Dann habe man sich gemeinsam dazu entschlossen, sich mit den Aktivist:innen zu solidarisieren.

„Schon bis 2030 drohen Strafzahlungen von 4,7 Milliarden Euro“, weil Österreich seine selbst gesteckten Klimaziele nicht einhalte, sagte der erst am Montag zum Wissenschaftler des Jahres gekürte Biodiversitätsforscher Franz Essl. Man fordere lediglich, >

verabschieden“



Klimastadtrat, Jürgen Czernohorsky, in Richtung Bundesregierung.

[Clemens Fabry]

Sie sagen „verbindlich“: Was passiert, wenn Ziele nicht eingehalten werden? Wird es selbst auferlegte Sanktionen geben?

Ein Klimagesetz auf Landesebene hat jetzt erst einmal den Charakter einer Selbstbindung. Wie können wir die Werkzeuge, die wir brauchen, damit wir die Ziele erfüllen, fix in den Prozess verankern?

Das heißt, es passiert nichts, wenn nichts passiert? Wenn Verbindlichkeiten nicht eingehalten werden?

Das ist genau Gegenstand des Gesetzes, das wir im neuen Jahr erarbeiten werden. Wie organisieren wir das Abarbeiten dieser riesengroßen Brocken, sodass man es auch hinkriegt und es nicht nur Schall und Rauch ist?

ZUR PERSON

Jürgen Czernohorsky (SPÖ) ist seit 2020 Stadtrat für Klimaschutz, Umwelt und Demokratie, davor war der gebürtige Burgenländer Wiener Stadtschulrat und führte dann ab 2017 vier Jahre lang die Bildungs-, Jugend- und Integrationsagenden in der ehemals rot-grünen Stadtregierung. Parteintern kann der 45-jährige studierte Soziologe, der lang als rote Nachwuchshoffnung in Wien galt, eher zum linken Flügel der Wiener SPÖ gezählt werden.

Sie ernähren sich aus Klimaschutzgründen fast nur noch fleischlos. Die SPÖ plakatiert sich in ihrer neuen Kampagne mit einem Schnitzel. Ist das noch zeitgemäß? Oder muss man sich in Österreich vom wöchentlichen Schnitzel verabschieden?

Jedenfalls muss man sich vom täglichen Schnitzel verabschieden. Sowohl aus Gesundheitsgründen als auch aus Gründen der Umwelt ist es gescheit, weniger Fleisch zu essen. Aber ich halte nichts von Essverboten. Ich bin nicht der vorderste Kämpfer für das leistbare Schnitzel, finde aber, dass ausgewogene Ernährung finanzierbar sein muss, und da ist Fleisch auf dem Teller natürlich voll okay.

Was steht für Sie im neuen Jahr auf der Agenda?

Energiewende, noch mehr Grünraum, und ein Klimabudget. Wir wollen in Zukunft neue Projekte nicht nur in Euro, sondern auch nach Treibhausgas-Werten bewerten, also wie viel positiven Effekt sie auf das Klima haben und wie viel negativen.

Wird auch die Stadtstraße ein Klimabudget bekommen?

Künftig werden auch Infrastrukturvorhaben in diesem Klimabudget bewertet werden können.

Recht. Wer Reifen aufsticht oder Verkehrsblockaden an für Einsatzfahrzeuge ganz zentralen Stellen errichtet, ist bereits strafbar.

Welche Folgen Klima-Aktivisten fürchten müssen

VON PHILIPP AICHINGER

Wien. Während es in Wien zu weiteren Straßenblockaden kam, erneuerte Niederösterreichs Landeshauptfrau, Johanna Mikl-Leitner, ihre Forderung nach härteren Strafen. Sie beauftragte am Dienstag den Verfassungsdienst ihres Landes mit der Ausarbeitung eines Gesetzesvorschlages.

Bereits zuvor hatte die im Wahlkampf stehende ÖVP-Politikerin angeregt, für den Umgang mit Straßenblockadern eine Anleihe am deutschen Strafrecht zu nehmen. Denn in Österreich werde man erst gerichtlich belangt, „wenn bereits etwas passiert ist“, meinte sie.

Eine Regelung wie die deutsche schaffe hingegen eine „klare Handhabe der Gemeinschaft gegen Sabotage-Aktionen wie die Reifenstecherei, die zu lebensgefährlichen Situationen führen kann“, sagte die Landeshauptfrau. Was ist dran an dieser Aussage? Welche Folgen haben Klima-Aktivisten bei ihren Aktionen zu fürchten und welche nicht?

Zerstören von Autoreifen

Wenn Aktivisten in Autoreifen stechen, sind sie schon dafür wegen Sachbeschädigung (Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen) zu belangen. Das bloße Luftauslassen aus dem Reifen stellt bei einem Auto grundsätzlich noch keine Sachbeschädigung dar. Aber laut der Judikatur sehr wohl dann, wenn es sich um ein Einsatzfahrzeug handelt, das auf diese Weise lahmgelegt wird.

Muss der Aktivist damit rechnen, dass das von ihm heimgesuchte Auto in Betrieb genommen wird und wegen der fehlenden Luft oder des zerstörten Reifens eine Gefahr für Verkehrsteilnehmer entsteht, kann ein anderes Delikt vorliegen. Nämlich jenes der Gefährdung der körperlichen Sicherheit. Darauf steht eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Monaten oder Geldstrafe bis zu 180 Tagessätzen.

Nimmt tatsächlich eine Person Schaden (etwa, weil das Auto wegen der nicht funktionsfähigen Reifen schlecht bremsst), droht Aktivisten sogar eine Verurteilung wegen fahrlässiger Körperverletzung oder fahrlässiger Tötung. Bei Letzterer beträgt der Strafraum bis zu einem Jahr Haft oder aber eine Geldstrafe bis zu 720 Tagessätzen.

Straßenblockade

Machen Aktivisten eine Straßenblockade, droht ihnen nur eine Verwaltungsstrafe. Im Gegensatz zu Deutschland liegt laut Österreichs Gerichten durch Blockaden allein keine gerichtlich strafbare Nötigung vor. Strafrechtlich relevant wird es erst, wenn vorhersehbar ist, dass Einsatzkräften der Weg blockiert wird. Etwa, weil man sich direkt vor einer Feuerwehrausfahrt oder vor der einzigen Ortszufahrt für Rettungen festklebt. Dann kommen Delikte wie Gefährdung der öffentlichen Sicherheit (Patient kommt später ins Spital, aber es geht gerade noch alles gut) bzw. fahrlässige Körperverletzung oder Tötung (wenn tatsächlich jemand geschädigt wird) in Betracht.

Vorbild Deutschland?

Mikl-Leitner wünscht sich einen Paragrafen wie in Deutschland. Dort ist strafbar, wer die Sicherheit des Straßenverkehrs dadurch beeinträchtigt, dass er Fahrzeuge beschädigt oder Hindernisse setzt und so Leib oder Leben eines Menschen oder fremde Sachen von bedeutendem Wert gefährdet. Die Strafbarkeit bei der Gefährdung von Menschen ist durch das österreichische Strafrecht schon abgedeckt. Allerdings drohen nach deutschem Recht bei Verstoß gegen diesen Paragrafen bis zu fünf Jahre oder eine Geldstrafe, also eine höhere Buße.

Das Strafrecht ist freilich Bundessache. Mikl-Leitner will den Vorschlag des Landesverfassungsdienstes daher an das Justizministerium weiterleiten.

Offene Fragen nach Klärung von Bluttaten

Ermittler gehen Verbindung zu weiteren Straftaten nach.

Wien. Offenbar geklärt ist, wer den Apotheker in Wien Donaustadt und eine zweifache Mutter in Floridsdorf gewaltsam getötet hat, doch es sind noch viele Fragen offen. Der obdachlose Pole konnte von den Ermittlern bis in den Dienstag hinein nicht einvernommen werden.

Er hatte am Sonntag versucht, nach der Tat in Floridsdorf in das Haus einzudringen, dabei wurde er festgenommen. Aufgrund der DNA-Spuren sei klar, dass es sich um den Täter handle. Die DNA könne auch Aufschluss geben, ob der Mann für weitere Straftaten infrage kommt. Die Auswertung der DNA-Datenbank sei noch nicht abgeschlossen. In Wien sind etwa noch die Tötung eines Schulwirts in einer Volksschule vom März des Vorjahres in Simmering und die Home Invasion in Neubau, bei der vergangenen Mai eine 79-Jährige erschlagen wurde, noch nicht aufgeklärt. (APA)

NACHRICHTEN

Gemeinde will Grenze zu Ungarn sperren

Die burgenländische Gemeinde Schattendorf (Bezirk Mattersburg) will ihren Grenzübergang zu Ungarn sperren. Auf der Straße nach Agendorf sei zu viel Verkehr. Immer wieder komme es zu Unfällen oder gefährlichen Situationen, betonte Bürgermeister Thomas Hoffmann (SPÖ) am Dienstag. Weil ein offener Brief an Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) bisher unbeantwortet blieb, soll die Gemeindegrenze nun komplett gesperrt werden.

Fünf Verschüttete in Tirol geborgen

Bei einem Lawinenabgang im freien Gelände im Bereich der Stubai Wildspitze in den Stubai Alpen in Tirol wurden am Dienstag fünf Wintersportler verschüttet. Sie konnten im Zuge einer Suchaktion nach kurzer Zeit befreit werden. Zwei von ihnen zogen sich bei dem Lawinenabgang Verletzungen zu.

Wenn die Zugvögel dableiben

Natur. Störche fliegen seltener in den Süden. Im zu warmen Winter finden Meisen und Co. zwar mehr Futter, negative Folgen hat die fehlende Kälte aber dennoch.

VON MIRJAM MARITS

Wien. Der Storch bleibt, der Bergfink kommt nicht mehr als Wintergast: Der bisher viel zu warme und schneearme Winter hat auch Auswirkungen auf die Vogelwelt.

Denn durch die milden Temperaturen werden einige Zug- zu sogenannten Standvögeln: Sie begeben sich nicht mehr in den Süden. In Österreich lasse sich das etwa beim Storch beobachten, wie Heinrich Frötscher, Ornithologe bei Birdlife und Nationalpark-Ranger in den Donauauen, sagt: Einige Störche ziehen nach wie vor nach Afrika, andere „verkürzen ihre Flugwege“ und überwintern in Südspanien, „Dutzende aber fliegen überhaupt nicht mehr weg“.

Auch Vogelarten wie die Mönchsgrasmücke „bleiben jetzt da“. Eine weitere Folge: „Vögel aus dem Norden, die eigentlich bei uns überwintern, bleiben aus, weil es auch im Norden nicht anders aussieht als bei uns“, so Frötscher. Sprich: Es ist auch im Norden in der (vermeintlich) kalten Jahreszeit ausreichend warm, Vögel wie der Bergfink müssen sich nicht mehr auf die Reise machen.

Auch für Vogelarten wie Sperlinge, Meisen oder Amseln hat der milde Winter - Birdlife spricht von einer „Winterhitzewelle“ - Folgen: Da sie leichter Nahrung im Wald finden, sind weniger Vögel auf Futterhäuschen in Gärten oder auf Balkonen angewiesen. Dass Vögel derzeit einfacher an Nah-

rung kommen (auch weil sich die ertragreichen Mastjahre bei Nahrungsbäumen wie Fichten und Buchen als Folge des Klimawandels häufen), sei aber nicht nur positiv. „Natürlich kommen die Vögel leichter über den Winter.“

Allerdings führen warme Winter dazu, dass viele Insektenarten wie der Frostspanner, „die niedrige Temperaturen zum Überwintern brauchen“, nicht überleben, den Vögeln dann also „in der Brutzeit im Frühling die Nahrung fehlen könnte“. Auch die Bäume bringe ein zu warmer Winter durcheinander. „Das ganze Ökosystem ist auf den Winter ausgelegt, alle Arten haben sich angepasst.“ Zu milde Temperaturen „bringen den ganzen Rhythmus komplett durcheinander“.



Viele Störche überwintern mittlerweile in Österreich. [Getty Images / Anadolu Agency]

dass Österreich diese Ziele einhalte. Er selbst stehe nicht gern im Stau, der Protest sei seiner Ansicht nach dennoch legitim. „Man muss sich fragen, was wirklich extrem ist: diese Protestform, oder die Politik, die sehenden Auges keine Klimaschutzpolitik macht?“

Verärgerte Autofahrer, die ihrem Unmut per Hupkonzert Luft machten, gab es zuhauf. Denn es handelte sich um die bisher größte Blockade der Letzten Generation. Neben der Praterstraße wurden alle anderen Zufahrten zum Praterstern zeitweise blockiert.

18 Personen wurden wegen Verwaltungsübertretungen angezeigt und festgenommen. Darunter auch Martha Krumpeck, Mitbegründerin der Organisation. Die Aktion führte in der gesamten Umgebung des Pratersterns zu massiven Auswirkungen auf den Frühverkehr, berichtete der ÖAMTC.